

belebten vermieden werden. Dagegen machten sich häufig Verhandlungen bemerkbar, die Lohnanträgen durch Kampf vorwärts zu treiben.

In vielen Sitzungen und Konferenzen mit dem Hauptvorstand, mit dem Gauvorstand und mit dem Betriebsrat mussten die wichtigsten Vorgänge besprochen und Rückschlüsse für weiteres Handeln erthalten werden. Dazu kamen die Branchenkonsolidierungen für jeden einzelnen Industriezweig. In deren Stellung genommen werden müsste zu den Tarif- und Lohnanträgen. Es war nicht immer leicht, aber zum Schluß doch möglich, auf seiner geringer Grundlage an die Arbeitgeber heranzutreten.

In einer Konferenz der Papierarbeiter fand sich ein Kollege nicht vertreten, den Antrag zu stellen, bei kommenden Lohnverhandlungen die Verbandsbeamten auszuholen. Die Kollegen in den Betrieben fühlten sich selbst stolt genug, die Führung zu übernehmen. Obwohl sich die Mehrzahl der Angestellten mit diesem Antrag kein abgesunden hätte, wurde er doch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Im schriftlichen Bericht wurden 2839 Eingänge und 7700 Ausgänge erledigt werden.

Über die Zahl der Versammlungen und Sitzungen gibt eine Tabelle im Jahrbuch des Hauptvorstandes Auskunft.

Die Ausgaben und Einnahmen weisen einschließlich eines Kassenbestandes am Ende des Jahres von 8884,63 M. die Summe von 120.642,88 M. auf.

Der Zahlstellen Leipzig wurden durch den Gauvorstand gesammelte Gelder in Höhe von 15.987,45 M. zugeführt zur Wiederaufrichtung ihrer Büros, die durch den Brand des Leipziger Volksauses mit sämtlichen Ältern und Möbeln vollständig zerstört worden sind. Die Zahlstellen dankt allen Gebern.

Während der Berichtszeit sind 5 kleinere Zahlstellen mit größeren verschmolzen worden, während sich die Zahlstellen Mittweida und Freiberg von größeren Zahlstellen trennten und eigene Geschäftsstellen mit angestellten Geschäftsführern errichtet. Am Jahresende waren vorhanden 44 Zahlstellen. Davon hatten 7 je einen Geschäftsführer und 12 mehrere Angestellte.

Im Berichtsjahr wurden 22.800 Mitglieder aufgenommen. Am Schlusse des Jahres waren vorhanden 29.198 weibliche und 54.018 männliche, insgesamt 83.216 Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist gegen das 1. Quartal 1920 um 5000 zurückgegangen. Dies ist zweifellos mit aus die Verordnung über die Freimischung von Arbeitsstellen zurückzuführen. Wenn ein Arbeiter nun die Berufung aus den uns zufindenden Betrieben entfernt werden, gehen schnell die Mitgliedschaft auf, nachdem sie die ihnen zustehende Erwerbslosenunterstützung vom Verbande bezogen haben.

Der Aufstrom an neuen Mitgliedern hat wesentlich nachgelassen, im 4. Quartal ist gegen das 3. Quartal sogar ein Rückgang von 1757 Mitgliedern zu verzeichnen. Von den 22.800 neu aufgenommenen Mitgliedern sind leider durch Tod, Streichungen und sonstige Austritte 14.000 wieder verloren gegangen. Darunter befinden sich zweifelsohne eine große Anzahl Mitglieder, die es verabsäumt, sich ordnungsgemäß und rechtzeitig abzumelden. Die Zahl der Abgeregneten mit über 10.000 ist rechtlich hoch, ebenso die der zu anderen Verbänden übergetretenen mit über 12.000. Sowohl in der Gewinnung als auch in der Erhaltung der neuen Mitglieder muß innerhalb der Zahlstellen noch recht fleißig gearbeitet werden. Vor allen Dingen wird man in bezug auf Ausbildung in wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Beziehung etwas mehr tun müssen als bisher. Nur dadurch kann eine gesunde future Entwicklung des Verbands erreicht werden.

Nicht ganz zufriedenstellend ist die Beitragssleistung. Der durchschnittliche Jahresbeitrag von 48,10 M. pro Kopf müßte mindestens von allen Zahlstellen erreicht werden. 13 Zahlstellen bleiben unter dem Gesamtdurchschnitt, darunter 6 mit angestellten Geschäftsführern. In allen Orten, wo keine 48 Beiträge pro Jahr und Mitglied erzielt werden, muß unbedingt eine bessere Kontrolle eingesetzt. Nur soll gegeben werden, daß der Rückgang der verlorenen Mitglieder mit auf die teilweise recht erhebliche Kurzarbeit zurückzuführen ist.

Etwas erfreulicher ist in diesem Jahre die Entwicklung der Finanzen in den Zahlstellen. Der Betrag der Volksaushebung betrug, bezogen auf den jährlichen Durchschnittsmittelwert:

1918	: : 162.519 M. pro Mitglied 5,24 M.
1919	: : 263.280 M. pro Mitglied 3,92 M.
1920	: : 875.765 M. pro Mitglied 10,33 M.

Hoffen wir, daß die günstige Entwicklung im nächsten Jahre anhält, damit die Zahlstellen auch in der Lage sind, allen Anforderungen gerecht zu werden.

An Arbeitslose wurden im Jahre 1920 im Gau 7 insgesamt 548.026 M. Unterstützung ausgeschüttet. Die große Arbeitslosigkeit hat ihre Ursache zweifellos mit darin, weil Sachsen in der Hauptzusage auf Exportindustrie eingesetzt ist.

Herrn wurden veroungabt an Sterbegeld 29.779 M., an Rentenregelungserhöhung 9704 M., an Streitunterstützung aus der Hauptaushebung 482.398 M. aus den Volksklassen 127.449 M.

Einige Worte seien noch unserer Tarifentwicklung gewidmet. Nicht für alle Industriezweige war es möglich, Reichslohndebürgte zu schaffen. Es mußte daher Wert darauf gelegt werden, Betriebslohnabrechnungen einzuführen. Dieses ist gelungen für die nachfolgenden Industriezweige:

Industriezweig	Zahl der Bewegungen	Zahl der durchschnittlich erfaßten Betriebe	Gewährte wöchentliche Lohnverhöhung
Papier-Extraktion	6	240	23.924 3.454.557,- M.
Papierhütten	1	14	20.353,49 M.
Chemische Industrie	5	253	1.386.198,80 M.
Seiden-Industrie	5	20	73.169,20 M.
Del-Industrie	1	13	374 9.350,- M.
Silber-Industrie	3	30	1.425 168.750,- M.
Gummi-Industrie	1	20	80 2.063,20 M.
Rohzucker-Industrie	3	4	970 110.473,40 M.
Konfektions-Industrie	3	96	670 65.361,60 M.
Textil- und Schuh-Industrie	3	27	1.918 178.551,60 M.
Kalt-Industrie	1	22	425 8.165,- M.
Bemerkenswerte Industrie	2	23	398 16.968,- M.
Kunststoff-Industrie	1	9	497 19.880,- M.
Insgesamt	35	711	42.053 5.514.171,20 M.

Eine genaue Übersicht über die Entwicklung der Lohnhöhe in den einzelnen Industriezweigen ist in letzter gedrängter Form nicht möglich, da die Verhandlungen der Ortsklassen auf der einzelnen Gruppen ebensolch sind. So gelang es in der Papier-Industrie, die 4. Ortsklasse zu befehligen. Auch die Zahl der Gruppen wurde verringert von 9 auf 7, womit eine wesentliche Verbesserung der Löhne in den Kleinbetrieben erreicht wurde. Unser Bescheid wird es sein, die Zahl der Ortsklassen weiter zu beschränken, wobei allerdings die Unternehmer großen Widerstand leisten.

Beachtlich sind Bestrebungen eines Teiles der Arbeitgeber, eine Befreiung der Arbeitgeberverbände zu erreichen, was in der chemischen Industrie nicht ohne Erfolg blieb. Die Bestrebungen gegen auf örtlicher Arbeitgeberorganisationen aus, um nach kleinen Betrieben Verträge mit niedrigeren Löhnen abschließen zu können. Unsere Aufgabe mag es sein, dies möglichst zu verhindern, damit eine gleichmäßige Gestaltung der Löhne erzielt wird.

Nicht alle Bewegungen waren mit einer Lohnverhöhung verbunden. In einigen Fällen kam es zur Tarifverlängerung; in einem Falle wurde nur eine einmalige Verhöhungsbildung gewährt.

Die größten Schwierigkeiten bietet auch jetzt noch die Industrie der Steine und Züden. Hier wurde untersucht, auch für die Biegel-Industrie einen über ganz Sachsen sich erstreckenden Tarifabkommen zu schaffen. Das gelang jedoch nicht, da man in der Biegel-Industrie von einer Arbeitsgemeinschaft nicht reden kann. Tarifabschlüsse waren daher nur möglich im Bereich der Kreisbaumaßnahmen. Über auch da kann von einer Einheitlichkeit der Löhnejäge nicht gesprochen werden.

* für die Papier-Industrie ist die 6. Verhöhung am 14. Dezember 1920 abgeschlossen, die neuen Löhne traten aber erst am 1. Januar 1921 in Kraft.

Wie die Blumen- und Feder-Industrie wurde nichts untersucht gelassen, einen Preisabschluß zu schaffen. Der Versuch scheiterte aber daran, daß die Arbeitgeber von Stettin i. S. sich mit der Berliner Gewerbe des Arbeitgeberverbandes nicht einigen konnten.

Bei Betrachtung der Gewerkschaft in unserem Gau kann festgestellt werden, daß ein gewaltiges Stück Arbeit geleistet wurde zum Nutzen der Mitglieder und zur Stärkung der Organisation. Es ist sicherlich eine sehr gute Arbeit, die geleistet wurde, um die politischen und sozialen Belange der Arbeitnehmer zu unterstützen. Hier heißt es praktisch und zielbewußt handeln. Nicht zerstreut und niedersetzen bringt uns Erfolg, sondern steter Kampf um rechten Platz und zur rechten Zeit. Aufgabe aller unser Funktionäre und agitatorisch tätigen Kollegen muß es sein hierbei mitzuhelfen, denn nur gemeinsamer Kampf führt zum Ziel. Darum frisch auf ans Werk ins neue Jahr! Otto Hilpmann.

Funktionskonferenz im Gau 12.

Am Sonntag, dem 9. und Sonntag, dem 10. April 1921, tagte in Mannheim eine Konferenz der Zahlstellenleiter, Betriebsräte und Betriebsaufleute des Gaus 12.

Von 24 Zahlstellen waren 21 vertreten. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Altkirchen, Idstein und Lorsbach. Die Konferenz war besucht durch 39 Vertreter der Ortsverwaltungen 99 Betriebsräte 31 Betriebsaufleute, 6 Mitglieder des Gauvorstandes 1 Mitglied vom Gauvorstand. Die Zahlstelle Karlsruhe hatte als Gast einen Vertreter entsendt. Der Zahlstellenleiter, Kollege Eggerer (Ludwigshafen), hatte den Vorsitz.

Die Tagesordnung war folgende: Für Sonnabend Bericht von der Gewerkschaftsarbeit in Hannover; Referent Kollege Forthuber (Wiesbaden).

Die Bevollmächtigung hatte sich besonders mit dem von den Kommunisten vom Bau gebrochenen Streit in Leverkusen befaßt. Über das Bildungsproblem innerhalb des Verbandes, Erhöhung der Streik- und Gewerkschafts-Unterstützung und Beitrags erhöhung.

In der sehr lebhaften Diskussion wurden die Beschlüsse der Bevollmächtigung anerkannt und beschlossen, für den Bezirk Mannheim-Ludwigshafen den erhöhten Verbandsbeitrag (4 M. pro männliche) vom 1. Januar einzuführen. Die Streikunterstützung steigt von 72 M. auf 102 M. Der Vorsitzende wünscht, daß die Beschlüsse innerhalb der Mitgliederkreise verstanden und anerkannt werden.

Die Tagung am Sonntag hatte folgende Punkte zu erledigen: Das Bevollmächtigungsausstechung auf Grund der Verordnung vom 23. 12. 1918 und 12. 2. 1920 sowie noch dem Betriebsabregeleben. Referent: Mitglied des Gauvorstandes Kollege Adler (Hannover).

Das Recht rat wiede in Provinzform herausgegeben und den Kollegen empfohlen, sich dasselbe zum Preise von 1 M. anzuschaffen. Alle Diskussionstreiber, auch die, von denen man weiß, daß sie nicht so leicht zu bestreden sind, haben ihr Einverständnis mit dem Referent erklär.

Der 2. Punkt behandelte den Aufbau des Betriebsratewesens im Gau 12 und die gemachten Erfahrungen seit Einführung des Betriebsabregelebenes. Hierüber referierte Gauleiter Bern (Ludwigshafen). Er legte einen Plan des Gruppenaufbaues vor, der einstimmig angenommen wurde.

Der 3. Punkt, Erhöhung bei Lohnbewegungen und Tarifabschlüssen musste von der Tagesordnung abgelegt werden und soll in Beziehungen behandelt werden. Im ganzen kann gefagt werden, daß der gewerkschaftliche Geist im Fabrikarbeiterverband Gau 12 ein vorzülicher ist.

Diese Tagung hat gezeigt, daß die Einigkeit und Geschlossenheit nicht leere Worte sind sondern sie hat vor allen Delegierten das Bestreben bewiesen, alles zu vermeiden, was den Verband hemmen und schwächen könnte. Z. d.

Berichte aus den Zahlstellen.

Afzld. Eine Generalversammlung unserer Zahlstelle, die am 10. April im Hotel Saxon Gerber stattfand, befreite sich mit der Wahl der Geschäftsführer Anstellungssumme. — Gewählt wurden Herzog und Kollegen. — Der zu besetzende Posten eines Geschäftsführers soll sofort ausgeschrieben und Bewerbungen bis 1. Juni eingeworfen werden. Bezug nehmend auf die Schwierigkeiten einer Wohnungsschaffung wird der Kommission mehr Bewegungsfreiheit in die Hand gegeben. Nach Begehung der örtlichen Verhältnisse wird es dann auch in Afzld. im Januar älter Mitglieder bald mit Vollzugs vorwärts gehen. — Um Zweck zu zerstreuen, sei bemerkt, daß die Anstellung eine Geschäftsführer eine Vertragsverhöhung nicht notwendig macht. — Ein wichtiges Thema bildete die demokratische Einführung einer Erdeinzugsabgabe auf freier Vereinbarung im Umlagedebiet. Das Saut einer anderen Organisation bildete die Grundlage zu einer lebhaften Diskussion. Die Zahlstellenleitung ist mit der Ausarbeitung des Entwurfs beauftragt und soll die demokratische Wahl des Geschäftsführers eingehen. Die Generalversammlung wäre bei uns der wichtigste dringend nötig.

Goldfeld. Am 4. April fand unsere Generalversammlung im "Vaterlandshof" statt mit folgender Tagesordnung: 1. Abrednung vom 1. Quartal, 2. Stellungnahme zum Gewerkschaftsrecht am 29. Mai und Stellungnahme zur Maister. Kollege Jüder inhaltet die Panne und Interessengleichheit der Kollegen, die den Versammlungen fernbleiben und nur erscheinen, wenn es sich um Lohnverhöhung handelt. Der zweite Bevollmächtigte, Kollege Römerbeck, gab die Abrednung. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptaushebung bilanzierten mit 145.770 M. und 145.770 M. Rundbericht. Der 2. Punkt betraf die Einnahmen und Ausgaben der Hauptaushebung 145.770 M. Rundbericht. Der 3. Punkt betraf die Gewerkschaftsbeiträge, die den Betriebserfolg bestimmt. Der 4. Punkt betraf die Einnahmen und Ausgaben der Volksaushebung 178.864 M. Die Einnahme und Ausgabe der Volksaushebung balanciert mit 114.727,92 M. Rundbericht für das Quartal 73.862,21 M. Im Quartal wurden 64.245 Mark verbraucht. Die Beitragsleistung betrug pro Mitglied 12,43 M. Rundberichtnahme 392. Am Ende des Quartals 3917 männliche, 1.329 weibliche, gründeten 5246 Mitglieder. 3. Anstellungssumme der 1000 Mark. Kollege Jeustel verließ ein Schreiben woran hervorhebt, daß sich einige Kollegen beim Gauvorstand beklagen haben, bestreite der Anteil zur Produktionsgenossenschaft. Er gibt weiter den Betriebsrat sowie seine persönliche Ansprache mit dem Kollegen Oettl bekannt und bearbeitet weiter den Standpunkt der Generale betreffs Rundberichtung der 1000 Mark. Alle Disziplinarabreiter vertreten den Standpunkt, endlich einmal mit unserem Staat aufzuräumen, damit man Volksausgelder auch zu gemeinhinigen Zwecken anwenden kann. Folgender Antrag wird eingereicht: "Die heutige Generalversammlung nimmt Kenntnis von der Schreibweise, die bestreitenden haben zwischen Jeustel und dem Gauvorstand, kann sich aber trotzdem nicht abhalten lassen, die 1000 Mark nicht zu bewilligen. Otto Hildebrand". Sämtliche 15 Disziplinarabreiter standen auf dem Standpunkt, daß über die Volksaushebung die Mitgliedschaft am Ort das Verhältnis recht hätte. Weiter fielen scharfe Worte gegen die Schreibweise des "Proletariers" und gegen die Kollegen welche sich beim Centralvorstand beschwert hatten. Kollege Lindner ermahnte die Kollegen nicht gegen das Statut zu verstossen, um der Zentrale keine Handhabe zu geben. Kollege Jeustel präzisierte nochmals seine Stellung in dieser Frage unter dem Hinweis, bei einer Annahme des Antrages seine Zahlstelle ziehen zu müssen. Der Antragsteller erklärte, daß es ihm schwer falle, seinen Arbeitgeber zu zerstreuen, aber man könnte von den Kollegen nicht erwartet, wegen dieser 1000 Mark was für uns eine Prinzipielle Frage sei, den Kollegen Jeustel als Beamten einzubüßen. Darauf ging man in der Tagesordnung weiter. Der vorverdiente Zeit halber wurde der verdeckte 1. Punkt abgesetzt. 2. Gewerkschaftliches. Die Delegierten nehmen Kenntnis von der Anstellung eines Schreibers (Gewerkschaftsrat). Sie haben ferner ihre Zustimmung zur Erhöhung der Tarifbeiträge von 1,60 Mark auf 2 Mark sowie 2 Extra marken pro Jahr und 10 M. Eine Anfrage, wie weit die Angliederung der Betriebsräte an die Gewerkschaften gediehen ist, wird vom Kollegen Jeustel dahin beantwortet, daß die Betriebsräte getroffen sind und in allgemeiner Zeit die Beiträge beglichen. Eine schwache Ausdrücke entspricht sich über den Generalschreiber. Bei Wiederaufnahme der Arbeit stellt man die Betriebsräte sowie Betriebsaufleute von schwierige Aufgaben. Die Stellstelle Weißkirchen haben bei Wiederaufnahme der Arbeit 33 Kollegen nicht wieder eingestellt. Kollege Lindner eingebrachte Resolution stand einstimmig. Annahme: "Die am 4. April 1921 tagende Generalversammlung protestiert einstimmig gegen die Maisterregelung, untersetzt 33 Kollegen im Reichswald Weißkirchen und erklärt hinter den gemäßgezogenen Kollegen zu stehen. Weiter erfuhr die Kollegen Jeustel, mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften für die Wiederaufnahme der betreffenden Kollegen einzutreten." Kollege Jeustel fordert die Betriebsräte sowie die Betriebsaufleute auf, die Kollegen, die jetzt wieder einmal mit den Verbandsbeamten herumtreiben, aufzuzählen, damit nicht die gleide Sumpfkranze in unsere Betriebe eingeht. Er wünscht, daß in Zukunft derartige Aktionen (Generalschreiber) zum Ende führen, wenn die Einheitsfront hergestellt ist. W. d.

Haiger. Am 3. April fand eine von circa 60 Mitgliedern besuchte Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Stellungnahme zur eventuellen Abtrennung der Kollegen der Spenglerfabrik Würgendorf von der Zahlstelle Gießen; 2. Neuwahl des Präsidiums; 3. Verschiedenes. Durch Richterschein des Kollegen Scheiner (Gießen) wurde Punkt 1 von der Tagesordnung abgesetzt, laut Beichtung der Kollegen zur fraglichen Angelegenheit wurde eine Versammlung für Sonntag, den 10. April, bestimmt. Bei Punkt 2 wurde der Kollege Theodore Seib (Haiger) zum Präsidium gewählt. Unter Verhöhung der Erklärung des Kollegen Haas bei der Firma P. & C. S. G. zur Sprache. Nach einer längeren Diskussion wurde beslotzen, diese Angelegenheit dem Schlichtungsausschuss zu übergeben. Der Kollege Haas begründete die Grundlage des offenen Briefes. Nachdem sich sämtliche Redner dafür erklärt hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: "Der Gauvorstand hat sich mit den jüngsten gewerkschaftlichen Mitteln dafür einzusezen, daß die Grundlagen des offenen Briefes" der VGPD durchgeführt werden.

Heidenau. Die Arbeitgeber lehnen zu ihren alten Gewohnheiten zurück. Wenn die Arbeitgeber der einzelnen Unternehmen so weit vertragen

